



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

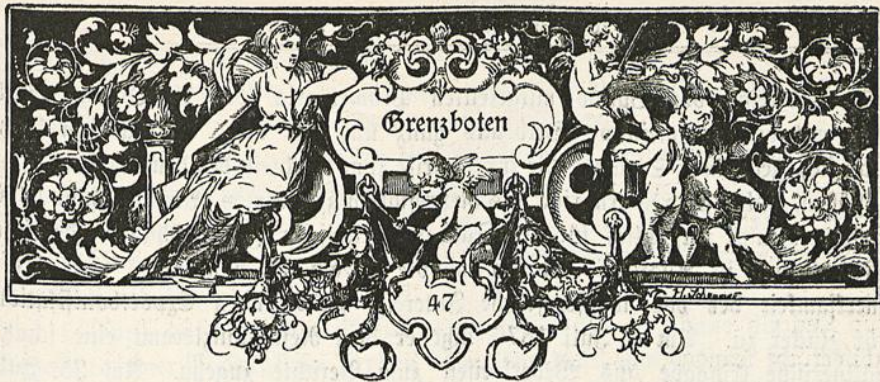
**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Poschinger, Heinrich von: Wie Bismarck Schutzzöllner wurde

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Wie Bismarck Schutzzöllner wurde

Von Heinrich von Poschinger



ie glänzendste Seite der Tätigkeit unsers ersten Kanzlers liegt auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Was er hier geschaffen hat, zeigt die Landkarte und erfüllt jedes deutsche Herz mit Stolz und Bewunderung. Nicht geringer aber ist seine Wirksamkeit auf dem Gebiete der Handels-, Sozial-, Steuer-, mit einem Worte der Wirtschaftspolitik. An und für sich liegt die Sorge für das materielle Wohl und Wehe des Landes ebenso in dem Rahmen der Aufgabe eines Staatsmannes als jene für die beste Gestaltung der auswärtigen Politik, und insofern ist nichts natürlicher, als daß der Politiker zugleich auch Volkswirt ist. Die Geschichte liefert für diese Verbindung mehrere Beispiele, wie Friedrich den Großen, Richelieu, mit denen man Bismarck mit Unrecht in Parallele gestellt hat. Bei diesen beiden Staatsmännern war aber die „volkswirtschaftliche Ader“ lange nicht in dem Maße entwickelt wie bei Bismarck, der schon in seinen ersten politischen Lehrjahren, als er sich in der preussischen Kammer die Sporen verdiente, volkswirtschaftliche Fragen mit seltener Sachkenntnis erörterte und sich gerade bei diesen Debatten heimisch fühlte. Bismarck hat seinen Entwicklungsgang durchgemacht, immer sich anlehnend an die realen Verhältnisse, „doktrinär bin ich in meinem Leben nicht gewesen“. Wie sich bei ihm die Bekehrung vom Freihandel zum Schutz Zoll vollzogen hat, soll im Nachstehenden auf Grund bisher unbekannter Quellen nachgewiesen werden.

Zu Anfang des Ministeriums Bismarck zog der Freihandel siegreich durch das Land. Auch er schloß sich der vom Zeitgeist getragenen Bewegung an und hielt daran bis zum Abgang Delbrücks (31. Mai 1876) äußerlich fest. An der Sitzung des Staatsministeriums vom 22. September 1875, worin es die Forderung der Schutzzöllner auf Beibehaltung der Eisenzölle nach dem 1. Januar 1877 ablehnte, hat Bismarck nicht teilgenommen. Aber ganz kurze Zeit darauf finden wir in einem von L. Bucher in Warzin verfaßten, dem

Staatssekretär von Bülow mitgeteilten Promemoria vom 13. Oktober 1875 den mit der Lehrmeinung Delbrücks ganz und gar nicht verträglichen Satz, daß sich gegenüber Staaten, die ihre Tarife zum Nachteil der deutschen Ausfuhr erhöhen, nichts andres erübrige, als Repressalien zu nehmen. Am 27. Juni 1876 stellte er auch tatsächlich für den Fall österreichischer Zollerhöhungen deutsche Repressalien in Aussicht. Ebenso wandte er am 19. Mai 1876 seine Aufmerksamkeit der das wirtschaftliche Interesse schädigenden Exportbonifikation für Zucker zu. Am 6. Juli 1876 läßt er dem Reichskanzleramt eine schutzöllnerische Eingabe aus Weberkreisen zum Berichte zugehn. Am 25. Juli will er, daß eine Petition des Vereins der rheinisch-westfälischen Industrie um Schutzölle zu den Akten genommen werde.

Wesentlichen Einfluß im schutzöllnerischen Sinne übte von jetzt ab auf Bismarck der Geheime Rat im preußischen Staatsministerium (später Reichskanzlei) von Tiedemann, der uns versichert, der Chef habe sich im August 1876 lebhaft für zwei Denkschriften interessiert, von denen die eine die Beibehaltung der Eisenzölle, die andre Einhalt auf der Bahn des radikalen Freihandels verlangte. In demselben Monat wird er sich darüber klar, daß unter der Herrschaft des Gesetzes vom 7. Juli 1873, das die Eisenzölle vom 1. Januar 1877 aufhob, jeder Versuch, durch Überlegung oder Darlegung wirtschaftlicher Grundsätze Zollkonzessionen von Österreich oder Frankreich zu erlangen, fruchtlos bleiben werde, solange er nicht durch Versprechung von Gegenkonzessionen oder Androhung von Nachteilen unterstützt werde.\*) In dem Immediatbericht vom 9. Oktober 1876 verdichtet sich seine Auffassung schon zu positiven Vorschlägen. Er verlangt höhere Zölle gegenüber Frankreich auf Wein, Eisen und Pariser Artikel. Der Übervorteilung durch die *Acquits à caution* könne Deutschland nur durch wirkliche Repressalien ein Ende machen.

Das Staatsministerium spricht sich am 24. Oktober 1876 einstimmig gegen die Sistierung des Gesetzes wegen Freigebung der Eisenzölle ab 1. Januar 1877 aus. Bismarck wohnt der Sitzung nicht bei. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung erklärt aber, das Staatsministerium habe sich bei seiner einstimmigen Ansicht der Zustimmung des in Barzin weilenden Ministerpräsidenten versichert halten dürfen.

17. November 1876. Bismarck nimmt den am 7. September 1876 an den Reichstag gelangten Gesetzentwurf betreffend die Erhebung von Ausgleichungsabgaben nur als eine „Abschlagszahlung“ hin.\*\*)

3. Dezember 1876. Bismarck droht der russischen Regierung für den Fall, daß es durch seine Maßregeln die gedeihliche Entwicklung der deutschen Handelsinteressen fortgesetzt schädigt, Retorsionszölle an. Mit dieser Ankündigung will er aber noch nicht gesagt haben, daß er sich von den Grundlagen des

\*) Ebenso in der Reichstagsrede vom 7. Dezember 1876.

\*\*) Ebenso in der Reichstagsrede vom 12. Dezember 1876.

Freihandels abwenden wolle. Aber schon Ende Januar 1877 verstärkt Rußlands Festhalten an dem ihm nützlichen Zollsystem seine Überzeugung von der Notwendigkeit einer deutschen Steuer- und Zollreform.

5. Dezember 1876. Einer um die Erhaltung der Eisenzölle petitionierenden Arbeiterdeputation aus den Kreisen Bochum und Essen gibt er den Rat, ihren Wünschen durch Petitionen Ausdruck zu geben. Am 6. März 1877 erklärt er sich bereit, eine Deputation rheinischer Industrieller und Landwirte, die über den Notstand klagen, zu empfangen.

5. April 1877. Bismarck äußert gesprächsweise, er könne sich nur noch angesichts einer Maßregel im großen Stile, wie diese zum Beispiel die Reform unsrer wirtschaftlichen Gesetzgebung darstelle, aus seiner Müdigkeit aufraffen. (Gleichnis von dem müden Jäger und der Sau.)

Ende 1877. Er will lieber aus den Wiener Handelsvertragsverhandlungen, ohne Handelsvertrag mit Österreich, mit Kampfzöllen als mit einem Deutschland nachteiligen Tarifvertrag herausgehn.

Ein Londoner Botschaftsbericht vom 13. November 1877 gibt ihm zu folgenden Randbemerkungen Anlaß: „Als selbstverständlich wird da also angenommen, daß Freihandel ohne Gegenseitigkeit nicht durchführbar sei. Unfre Freihändler behaupten noch, daß er auch einseitig vorteilhaft bleibe.“

8. Dezember 1877. Er ist gegen die Veranstaltung einer allgemeinen Enquete über die Lage und Bedürfnisse der vaterländischen Industrie.

11. Dezember 1877. Einverständnis mit kommissarischen Erörterungen zur Vornahme einer autonomen Revision des Zolltarifs. Befürwortung der Einführung eines Kontrollzolles auf gewisse Viehgattungen im Interesse des deutschen Viehexports.

6. Januar 1878. Wenn er auch nicht Schutzzölle einführen will, so will er doch dafür sorgen, daß deutsche Produkte nicht nachteiliger als ausländische behandelt werden.

4. Februar 1878. \*) Die Einführung eines Gegenzolls ist seiner Ansicht zufolge das einzige Mittel, Rußland zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Rußland habe hohe Zölle, Deutschland so gut wie gar keine. „Stellen wie erst die Gleichheit her, dann wird die Zeit zu gegenseitigen Konzessionen gekommen sein.“

22. März 1878. Im Laufe der Unterredung, da er den bisherigen Oberbürgermeister Hobrecht zur Übernahme des Finanzministeriums zu bestimmen sucht, erklärt er, daß er eine Erhöhung der Finanzzölle erstrebe, aber nicht unglücklich sein würde, wenn hierdurch zugleich gewissermaßen nebenher einigen Branchen der Industrie ein mäßiger Schutz gewährt würde.

Anfangs April 1878 verlangt er die Aufstellung eines die Reform des Zollwesens einschließenden Reformprogramms. Dasselbe ließe sich eventuell

\*) Ebenso in der Reichstagsrede vom 25. Februar 1878.

durch Aufhebung der für Eisen am 1. Januar 1877 in Kraft getretenen Zollbefreiungen vorbereiten.

10. April 1878. Auf einen langen Vortrag des Geheimen Regierungsrats von Tiedemann erklärt er sich endlich mit der Veranstaltung einer Enquete über die Lage der Eisenindustrie einverstanden, vorausgesetzt, daß noch dem damaligen Reichstage eine Vorlage im schutzzöllnerischen Sinne gemacht werden könne. „Wir müssen den Schutzzöllnern einen Schnaps geben; sie sind unsere sichersten Verbündeten bei der Steuerreform.“ An demselben Tage läßt Bismarck durch die Provinzialkorrespondenz über die bisherige Handelspolitik den Stab brechen.

28. Mai 1878. Der Vorstand der Reichskanzlei von Tiedemann übersendet dem Staatsminister Hofmann eine Eingabe der Sohllederfabrikanten über die Erhöhung des Zolls für Sohlleder von 6 auf 36 Mark mit dem Bemerkten, daß Bismarck prima vista mit der Tendenz der Eingabe einverstanden sei. Bald nach der Eröffnung des neugewählten Reichstags (Auflösung des alten aus Anlaß des Nobilingischen Attentats) findet er am 17. Oktober 1878 in dessen Mitte eine schutzzöllnerische Mehrheit vor (freie volkswirtschaftliche Vereinigung des Reichstags, 204 Unterschriften).

Von nun ab geht er entschlossen auf sein Ziel los. Am 25. Oktober 1878 verkündigt er dem Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Barnbüler die Absicht, eine umfassende Revision des Zolltarifs herbeizuführen; drei Tage später übersendet er aus Friedrichsruh mit vertraulichem Erlasse den preußischen Gesandtschaften bei den deutschen Höfen die Abschrift eines vorbereitenden Antrags auf Einsetzung einer Kommission zur Revision des Zolltarifs, dessen Einbringung in den Bundesrat er bei dem preußischen Staatsministerium angeregt hatte. Er verlangt Schutzzölle auf alle Gegenstände, die die Grenze vom Ausland überschreiten. (Dieser Grundgedanke, das erste zollpolitische Detailprogramm des Kanzlers, ist von der nachmaligen Zolltarifkommission nicht in seiner ganzen Strenge durchgeführt worden.)

12. November 1878. Bismarck unterbreitet dem Bundesrat den vorhin erwähnten Antrag auf Einsetzung der Zolltarifkommission.

Dezember 1878. Bismarck designiert drei ausgesprochne Schutzzöllner, den frühern württembergischen Staatsminister Freiherrn von Barnbüler, den Geheimen Rat von Tiedemann und den Regierungsrat Burchard, zu Mitgliedern und ernennt den ersten zum Vorsitzenden der Zolltarifkommission.

15. Dezember 1878. Bismarck richtet an den Bundesrat ein Schreiben, worin er ein Zollsystem empfiehlt, das innerhalb der durch das finanzielle Interesse gezogenen Schranken der gesamten inländischen Produktion einen Vorzug gegenüber der ausländischen auf dem einheimischen Markt gewährt.

19. Dezember 1878. Dem Vorstande der deutschen Lederindustriellen erklärt er, daß die deutsche Industrie auf dem deutschen Markte das erste und

natürlichste Anrecht habe, und daß sie des Schutzes bedürfe gegen die Konkurrenz solcher Länder, die in Folge günstigerer Bedingungen unsre Produktion überflügeln.

1. Januar 1879. Konferenz mit Barnbüler und Tiedemann in Friedrichsruh über die Geschäftsbehandlung in der Zolltarifkommission.

11. Januar 1879. Bismarck erklärt in Friedrichsruh dem Geheimen Rat von Tiedemann: Wenn seine Ideen über die Zollpolitik auf wirklichen Widerstand bei den preussischen Ministern stießen (Friedenthal war gegen die Getreidezölle), so wolle er nach Berlin kommen, eine Sitzung des Staatsministeriums berufen und die Kabinettsfrage stellen. Gingen die Herren nicht mit ihm, so werde er sie bitten, sich nach andern Posten umzusehen, und dann ein neues Ministerium bilden, sollte er auch die neuen Ressortchefs aus den Kreisen der Assessoren wählen müssen. — Bismarck beauftragt Tiedemann, Barnbüler ausdrücklich zu sagen, daß er in der Schutzöllnerischen Bewegung nur so lange mitschwimme, als der Landwirtschaft auch ein Schutz gewährt werde. Geschehe dies nicht, so werde er es wieder mit den Freihändlern versuchen.

20. Januar 1879. Bismarck erklärt in Friedrichsruh, die Reform des Zolltarifs sei eilig, weil er die Schäden, die dem Land aus dem bisherigen Stande der Sache erwachsen, für zu groß halte, als daß er dem Lande und seinem eignen Pflichtgefühl gegenüber die Unterlassung irgendeines Versuchs zur Abhilfe, den seine amtliche Stellung ihm zu machen erlaube, verantworten könnte.

Januar 1879. In Antworten auf zahlreiche Zustimmungsadressen aus ländlichen Kreisen erklärt er seine Bemühungen darauf gerichtet, auch Zölle auf die landwirtschaftlichen Produkte des Auslandes und fremdes Vieh einzuführen.

30. Januar 1879. Neue Beratung mit Freiherrn von Barnbüler in Friedrichsruh.

3. April 1879. Bismarck präsidiert einer mehr als dreistündigen Sitzung des Bundesrats zur Erledigung der Zollvorlage und tritt dabei lebhaft für die Aufrechterhaltung der Tariffätze, wie sie in der Zolltarifkommission festgestellt waren, ein.

19. April 1879. Er richtet an den Freiherrn von Thüngen in Krosbich ein Schreiben, von dem die Freihändler (Lasker) nicht ohne Übertreibung erklären, der Kanzler habe darin alles überholt, was bisher an agrarischen Extravaganzen geleistet worden sei.

29. April 1879. Er ermutigt den Bremer Abgeordneten Mosle in seinen Bestrebungen zum Schutze der deutschen Schifffahrt (surtaxe d'entrepôt).

2., 8., 21., 24., 27. Mai 1879. Bismarck führt den Zolltarif, sein eigenstes Werk, in die parlamentarische Arena ein und entwickelt die großen Ideen, die ihm bei der Reform vorgeschwebt. Er bleibt den Anfechtungen der Freihändler gegenüber der Meister.

Mitte Mai 1879. Er empfängt von jetzt ab grundsätzlich keine Deputationen mehr zum Vortrag von Wünschen in bezug auf Zollermäßigung.

12. Juli 1879. Er schließt den Reichstag, der den Zolltarif mit 217 gegen 117 Stimmen angenommen hatte (Gesetz vom 15. Juli 1879, Reichsgesetzblatt S. 207).

Überblickt man den Werdegang, so ersieht man, daß der Schutzvöller Bismarck nicht fertig wie Minerva aus dem Kopfe Jupiters hervorgesprungen ist. Er hat seinen Entwicklungsgang gemacht, immer sich anlehnend an die realen Verhältnisse, die bald dieses, bald jenes Verhältnis zeitigten. Er trat während seiner ganzen Ministertätigkeit immer nur wie ein hervorgerufener Retter an solche Aufgaben heran, die andre Werkleiter im Zustande völliger Verfahrenheit zurückgelassen hatten. So trat er 1862 in den parlamentarischen Konflikt ein, so in die hoffnungslose deutsche Frage, so endlich Ende der siebziger Jahre in die bis zur Verzweiflung gediehene wirtschaftliche Bewegung. Er drängte sich nicht auf, er wurde gerufen und erfüllte dann seine Pflicht, seine providentielle Bestimmung.



## Mutualismus und Neuprotektionismus



achdem alle jene faszinierenden Schlagworte, über die die Marx'sche Doktrin verfügt, gegenwärtig durch die Wissenschaft und die Statistik völlig widerlegt und bis tief in die Reihen der Sozialisten bereits als falsch erkannt worden sind, ist anzunehmen, daß die Kulturvölker Westeuropas eines Tages den Marxismus wie alle sozialistischen Anschauungen, die ihren weltgeschichtlichen Beruf, die Organisation des Proletariats, längst erfüllt haben, von sich abschütteln und auf die Ziele einer realistischen Sozialpolitik sich beschränken werden. Und wirklich deuten alle Anzeichen darauf hin, daß im Laufe der Zeit die Arbeiter durch ihre Organisation dem Kapital gegenüber auf den Standpunkt einer wirklichen Geschäftsmäßigkeit kommen werden, die von Haß und Leidenschaft frei auf einer vernünftigen Berechnung des praktisch Durchführbaren beruht. Dann wird es Zeit sein, dem Sozialismus die Leichenrede zu halten.“ Bei der Betrachtung der modernen Entwicklung des Sozialismus kann man mindestens im Zweifel sein, ob die Erfüllung dieser an der Wende des Jahrhunderts von Georg Adler geäußerten Hoffnung und Prophezeiung irgendwie näher gerückt ist. Adler schwebt als Ideal eine Interessenvertretung der Arbeiterschaft etwa nach der Art des englischen Trade-Unionismus vor; gerade hier aber und ebenso in andern Staaten, wo sich die Arbeiterorganisation in analogen Formen vollzogen hat, wie zum Beispiel in der nordamerikanischen Union, gewinnt der Sozialismus Marx'stischen Typs mit seiner Aufreizung zum Klassenkampf immer mehr an Boden. Der deutsche